

172-23041969

Etat ist nicht ausgeglichen

Rückzahlungen lassen wenig Spielraum in Nackenheim

Nackenheim. Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion haben die Gemeindevertreter den Haushaltsplan für 1969 verabschiedet. Der ordentliche Etat schließt in Einnahmen mit 741 800 Mark und Ausgaben mit 983 100 Mark unausgeglichen ab. Im außerordentlichen Teil sind 685 000 Mark verplant. Beim Defizit handelt es sich zum Teil um den Fehlbetrag von 103 000 Mark von 1967, der mit übernommen werden mußte.

Bürgermeister Günter Ollig führte in seiner Etatrede aus, daß im neuen Plan keine besonderen Vorhaben eingeplant werden konnten. Lediglich für den Ausbau der Bürgersteige in der Königsberger Straße stehen 8000 Mark zur Verfügung. In diesem Jahr rechne er zum Ausgleich mit einer höheren Bedarfszuweisung. Allerdings seien die zu erwartenden 75 000 Mark aus dem Verkauf des Geländes für die neue Schnellstraße am Rhein im Etat noch nicht veranschlagt. Zur Senkung des Schuldendienstes hoffe die Gemeinde, die beiden alten Schulhäuser in diesem Jahr verkaufen zu können.

Die hohen Darlehnsaufnahmen in der Vergangenheit ließen durch die Rückzahlungen für andere Projekte wenig Spielraum, fuhr der Bürgermeister fort. Der Bau der Kanalisation sowie der zeitlich gleichlaufende Steuerrückgang habe die Gemeinde in einen Engpaß getrieben. Es müsse die Aufgabe aller Ratsmitglieder sein, die begonnenen Arbeiten bald zu Ende zu führen, damit alle Bürger von der Kanalisation einen Nutzen hätten.

Ratsmitglied Franz-Josef Bernard (CDU) hob zunächst die ausführliche Etatrede des Ortsoberrhauptes. Die Verwaltung habe aber versäumt, die Situation der Steuereinnahmen zu erkennen. Die Einnahmen von 380 000 Mark seien zu hoch angesetzt. Die CDU-Fraktion vertrete die Meinung, daß die Gemeinde finanziell noch nicht „über dem Berg“ sei.

Es sei bedauerlich, daß der Haushaltsplan zu spät vorgelegt werde, ein Zwischenbericht zur Lage der Kanalisation fehle und keine Mittel für soziale und kulturelle Zwecke ausgewiesen seien. In dem Plan schlage sich die „Mißwirtschaft“ der Vergangenheit nieder. Deshalb versage die CDU ihre Zustimmung.

Ratsmitglied Josef Gabel (Freie Liste) wies die Vorwürfe der CDU, die bereits vorher vom Bürgermeister entkräftet worden waren, scharf zurück. Es sei leicht zu kritisieren, ohne selbst Vorschläge zu machen. Der Sprecher der SPD, Rudolf Scholz, warf der CDU vor, sie habe in den vergangenen 15 Jahren nur einmal dem Etat zugestimmt. Ratsmitglied Anton Sans kritisierte die hohen Ausgaben der Verwaltung, die 41 Prozent der gesamten Ausgaben des ordentlichen Teils ausmachten. -

Archiv. Ollig